

# Auf dem Weg ins Dritte Reich – Der Fall Schwäbisch Hall\*

VON THOMAS SCHNABEL

Im Januar 1919 stimmten über 60 % der Wähler im Oberamt Hall und über 80 % der Wähler in der Stadt Hall für die drei Parteien der neuen Republik: die Sozialdemokraten, die Deutschen Demokraten und das katholische Zentrum. Am 5. März 1933, bei der letzten noch relativ freien Wahl, gaben im Oberamt nicht einmal mehr 20 und in der Stadt knapp 35 % der Wähler diesen drei Parteien ihre Stimme.

Aber bereits vor dem kometenhaften Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Beginn der dreißiger Jahre hatten die demokratischen Weimarer Parteien die meisten ihrer Anhänger schon wieder verloren. Ein kleines Beispiel dafür liefern die Reichstagswahlen von 1928, bei denen die beiden extremen Flügelparteien NSDAP und KPD in Württemberg zusammen weniger als 10 % erhielten. Bis zu dieser Wahl hatte das Zentrum ein Zehntel, die SPD über die Hälfte und die Demokraten über 80 % ihrer Wähler von 1919 im Oberamt Hall verloren. In der Stadt sah die Lage nicht anders aus.

Der Untergang der ersten deutschen Republik deutete sich also schon lange vor dem Aufstieg Hitlers an. Eine Demokratie westlichen Musters, wie wir sie seit über 30 Jahren in der Bundesrepublik haben, besaß schon Mitte der zwanziger Jahre keine Mehrheit mehr unter der deutschen Bevölkerung. Damit war aber das Dritte Reich noch keine natürliche Folge. Unter den Gegnern der Republik herrschte nur Einigkeit über die Bekämpfung »des Weimarer Systems bzw. der Systemparteien«, wie es herabsetzend im damaligen Sprachgebrauch der Rechten und Linken hieß, nicht aber über das anzustrebende Ziel. Vom Dritten Reich, der Wiedereinführung der Monarchie, der Errichtung einer autoritären Präsidialregierung bis zur Diktatur des Proletariats reichte damals das Angebot.

Nun jährte sich dieses Jahr zum fünfzigsten Mal der Tag, an dem Reichspräsident Hindenburg den Führer der stärksten deutschen Partei, Adolf Hitler, zum Reichskanzler ernannte. Innerhalb weniger Monate gelang es Hitler, aus einem leidlich funktionsfähigen pluralistischen Rechtsstaat eine totalitäre Diktatur zu machen und politische Gegner wie konservative Koalitionspartner auszuschalten. Infolgedessen häufen sich die Gedenktage, und auch mancher Geschichtsinteressierte wird sich nach der Medienflut zum Thema Nationalsozialismus in den letzten Monaten gefragt haben, ob hier des Guten (oder auch Schlechten) nicht zuviel getan wurde. Dem ist prinzipiell zuzustimmen, obwohl die heutige Veranstaltung dieser Aussage scheinbar widerspricht. Zuzustimmen nämlich insoweit, als es eine

\* Vortrag, gehalten am 12. Juni 1983 in Schwäbisch Hall anlässlich des 50. Jahrestags des SPD-Verbotese am 22. Juni 1933.

Vielzahl von Sendungen und Artikeln gab, die die Konjunktur zu dieser Thematik mit schönen Bildern, Klängen und Texten, gefälschten wie echten, ausnützten, ohne dabei irgendeinen sinnvollen Beitrag zur Aufarbeitung des Teils der deutschen Geschichte zu leisten, dessen Folgen uns auch heute noch tagtäglich beschäftigen, von den innerdeutschen Beziehungen bis zur Nachrüstung.

Ganz anders verhält es sich mit den vielen Beiträgen, die sich, angeregt durch das unselige Jubiläum, mit der Entwicklung ihrer Region bzw. ihrer Stadt beschäftigen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben. Diese Arbeiten, vor allem von Journalisten und Lehrern betrieben, standen zumeist unter den Fragestellungen: Wie konnte es zur sogenannten Machtergreifung kommen, und wie und warum gelang es den Nationalsozialisten, innerhalb weniger Monate ihre Herrschaft so zu zementieren, daß sie erst zwölf Jahre später unter dem Druck der alliierten Armeen zusammenbrach?

Zu diesen Untersuchungen ist auch die Artikelserie im »Haller Tagblatt« zu Beginn des Jahres 1983 zu zählen. Allzulange hat man sich nämlich bei der Beschäftigung mit dem Ende der Weimarer Republik und dem Beginn des Hitler-Regimes auf die Reichs-, vereinzelt noch auf die Landesebene beschränkt, während die Stadt- und Kreisebene weitgehend ausgeblendet blieb. Gerade auf dieser zumeist wenig spektakulären Ebene aber lassen sich viele Probleme der Demokratie oder des Beginns der Diktatur sehr viel anschaulicher darstellen. Fakten und Zahlen werden hier plastisch, während sie im Reichsmaßstab kaum faßbar sind. Sechs bis acht Millionen Arbeitslose im Reich sind in ihren Auswirkungen sehr viel schwerer vorstellbar als 500 Arbeitslose in Schwäbisch Hall. Zumal für Schüler und Jugendliche, aber auch für Erwachsene, die nur ein geringes Interesse an der Geschichte haben, gewinnen Ereignisse, die am Beispiel des eigenen Umfeldes dargestellt werden, eine ganz andere Bedeutung. Dies heißt nun allerdings nicht, daß Stadt- und Kreisgeschichte alles, Landes- und Reichsgeschichte aber nichts sind. Hier soll keiner historischen Froschperspektive das Wort geredet werden nach dem Motto: Jedem Dorf seine eigene Geschichtsschreibung. Vielmehr müssen die lokalen Ereignisse in einen überörtlichen Zusammenhang gestellt werden. Erst dadurch können sie richtig beurteilt und bewertet werden.

In diesem Sinne möchte ich nun zuerst auf einige allgemeine Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik eingehen und daran anschließend die Entwicklung in Hall und Umgebung etwas näher beleuchten und versuchen, sie in die gesamtwürttembergische Entwicklung einzuordnen. Dabei können natürlich nicht alle wichtigen Punkte angesprochen werden. Ich setzte deshalb gewisse Schwerpunkte bei den Arbeiterparteien, dem Aufstieg der NSDAP, den rechten Verbänden und der Gleichschaltung in den Rathäusern.

Drei Ursachen scheinen mir für das Scheitern der Weimarer Republik besonders bedeutsam zu sein, nämlich 1. die Belastungen durch den Ersten Weltkrieg und die versäumten Reformen in den ersten Jahren der Demokratie, 2. das Nicht-Funktionieren des politischen Systems und 3. die wirtschaftliche Krise mit dem Aufstieg einer neuen Form von Massenpartei.

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde von weiten Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert und führte zur Entstehung und Verbreitung der Dolchstoßlegende, wonach das deutsche Heer im Felde unbesiegt gewesen sei und nur der Verrat in der Heimat zur Niederlage geführt habe. Besonders heimtückisch an dieser Legende war, daß sie von den Generälen in die Welt gesetzt wurde, die im Herbst 1918 von einer völlig unvorbereiteten Regierung einen sofortigen Waffenstillstand verlangt hatten.

Der Versailler Vertrag brachte für das Deutsche Reich unzumutbare Härten, förderte nationalistische Strömungen und belastete die Republik von Beginn an, obwohl die führenden Politiker weder mit dem Kriegsausbruch noch mit dem Kriegsverlauf und dem Kriegsende etwas zu tun hatten. Wie groß die Verbitterung insbesondere über den sogenannten Kriegsschuldartikel war, in dem Deutschland die alleinige Schuld für den Kriegsausbruch übernehmen mußte, belegt ein Bericht aus der Schwäbischen Landjugend vom 1. Juli 1930, in dem fettgedruckt unter der Überschrift »Versailles!« an die Unterzeichnung dieses Artikels erinnert wird. »In seinem ohnmächtigen Zustand und in seiner Uneinigkeit hat Deutschland es nicht fertig gebracht, gegen diesen Artikel anzugehen und die Lüge von seiner Alleinschuld am Weltkrieg zu beseitigen, obgleich die Möglichkeit und die moralische Grundlage dafür vorhanden gewesen wären . . . Vergiß das nicht, deutsche Landjugend!«<sup>1</sup> Die Schwäbische Landjugend war das Organ der Jugendorganisation des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes, der zwischen 1920 und 1932 mit Abstand stärkste Partei im Oberamt Hall war.

Die versäumten Reformen in Verwaltung, Justiz und Heerwesen sowie im Bergbau und Großgrundbesitz spielten in Südwestdeutschland keine so schwerwiegende Rolle wie in Ostelbien und im Ruhrgebiet.

Zum zweiten funktionierte das politische System in Deutschland nur unvollkommen. Die Weimarer Reichsverfassung stellte zwar die freieste Verfassung dar, die es jemals in Deutschland gegeben hatte, enthielt aber zuwenig Sicherungen für das demokratische System. Zudem waren praktisch alle Parteien Weltanschauungs- und keine Volksparteien. Die Kompromißfähigkeit nahezu jeder politischen Gruppe litt darunter sehr, da sich die mit den jeweiligen Parteien verbundenen gesellschaftlichen Schichten nicht gerade freundschaftlich gegenüberstanden. Auch aus Schwäbisch Hall berichten viele alte Einwohner von einer sehr deutlichen, vereinzelt sogar fast feindseligen Distanz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Drittens hatte die Weimarer Republik im Unterschied zur Bundesrepublik nie die Chance, sich in langjährigen Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs zu stabilisieren. Nach den Problemen der Demobilmachung folgte kurz darauf die Inflation, die vor allem den Mittelstand um seine Ersparnisse brachte. Nach einer kurzen Erholungsphase, in der es jedoch selten weniger als eine Million Arbeitslose gab, brach die Weltwirtschaft zu Beginn der dreißiger Jahre zusammen. Neben den Millionen von Arbeitslosen litten auch die Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden

<sup>1</sup> Schwäbische Landjugend Nr. 13 v. 1. 7. 1930. S. 1.

den und Beamten unter der Krise, die durch Fehler der deutschen Politik noch zusätzlich angeheizt wurde.

Vor allem die Lage in der Landwirtschaft war katastrophal. Die Württembergische Landwirtschaftskammer in Stuttgart legte jedes Jahr Untersuchungsergebnisse über die Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe vor, in denen zwischen 100 und 120 größere Betriebe in verschiedenen Gebieten dargestellt wurden. In der Hohenloher Ebene, die den größten Teil des Oberamtes Hall, die Oberämter Gerabronn, Künzelsau und Mergentheim sowie Teile des Oberamtes Öhringen umfaßte, gab es schon 1930 keinen Reinertrag mehr, sondern einen Verlust von fast 5 RM je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Vor dem Krieg lag der Reinertrag noch bei 62 RM je ha. Interessant ist dabei, daß zwar der Rohertrag gegenüber 1912/1913 sehr deutlich anstieg, der Wirtschaftsaufwand aber noch stärker answoll, d. h. vor allem die Kosten für Löhne, Versicherungen, Steuern und Unterhalt der Gebäude etc. hatten sich mehr als verdoppelt<sup>2</sup>. Auch 1931 und 1932 kamen die untersuchten Betriebe nicht in die Gewinnzone. Dies galt jedoch nicht nur für die bäuerlichen Mittel- und Großbetriebe, wie der Bericht über die Tätigkeit der Württembergischen Landwirtschaftskammer im Geschäftsjahr 1931/1932 beweist. »Die Lage der Landwirtschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr in katastrophaler Weise entwickelt. Mit wachsender Verbitterung muß der Landwirt feststellen, daß der verlangte und ersehnte Ausgleich der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsartikel immer noch nicht erfolgt ist... Nachdem auch die übrigen Ausgaben des Landwirts zum Teil sehr erheblich über den Vorkriegspreisen stehen, hat sich die Rentabilität der Betriebe noch stärker vermindert. Dementsprechend hat sich der Schuldenstand weiter erhöht, und zwar von 74 M im Jahr 1924 auf jetzt annähernd 400 M je Hektar.«<sup>3</sup> Auch im Oberamt Hall sah es nicht anders aus, wie ein Bericht des Pfarrers von Sulzdorf aus dem Jahre 1932 verdeutlicht, der die allgemeine wirtschaftliche Lage des Dorfes schilderte. »Die Landwirtschaft, die... in Sulzdorf überwiegend vertreten ist, hat schwere Zeit. Von ganzen Zusammenbrüchen mit Verkauf des Anwesens ist mir zwar nichts bekannt, aber es sind solche vielleicht bloß durch eine der Notverordnungen hintangehalten worden. Auch die, welche keine Schulden haben, bringen ihre Steuern und Dienstbotenlöhne einfach nicht auf, sie müßten ihren ganzen Stall verkaufen, und dafür sind selbst bei den gegenwärtigen niederen Preisen keine Käufer da. Eine Reihe gerade der größten Güter ist, besonders wenn noch Unglück im Stall oder Zahlungsunfähigkeit eines Käufers, also Uneinbringlichkeit der eigenen Forderung zur schlechten Ernte des Vorjahrs hinzukommt, im Zusammenbruch.

Auch die industriellen Betriebe haben schwere Zeit, nur vorübergehend Beschäftigung, damit auch die Arbeiter. Höchststand der Arbeitslosigkeit im Januar 1932 [bei ca. 1000 Einwohnern und 220 Beschäftigten in Industrie und Handwerk, T. S.]:

2 Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Württemberg und Untersuchungsergebnisse über die Rentabilität landw. Betriebe (Wirtschaftsjahr 1930/31 und frühere). 6. Heft. 1932.

3 Bericht über die Tätigkeit der Württ. Landwirtschaftskammer im 11. Geschäftsjahr (1. April 1930 bis 31. März 1931). S. 3.

39. Ebenso stehts mit den Handwerkern, die ganz wenig Arbeit haben und für ihre Arbeit endlos auf Bezahlung warten müssen. Benedet sind die Beamten, Bahn- und Postangestellten, weil sie trotz des 20prozentigen Abbaus, eben bisher monatlich ihr sicheres Geld haben, zugleich wird dieser Rubrik mit ihren Gehältern ein wesentlicher Teil Schuld am Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens gegeben.«<sup>4</sup>

Diese Schilderung gibt, wie weitere Berichte aus anderen Dörfern bestätigen, die wirtschaftliche Lage sehr gut wieder. Es kam zwar noch zu keinen Zwangsversteigerungen wie z. B. in Schleswig-Holstein oder Ostpreußen, aber der Zusammenbruch stand unmittelbar bevor. In dieser Situation mußten die Nationalsozialisten, trotz ihrer widersprüchlichen Versprechungen für alle Volksgruppen, besonders für die national eingestellten evangelischen Bauern als die letzte Rettung erscheinen. In einigen Agrargegenden Norddeutschlands begann der Zustrom zur NSDAP schon 1928, badische Gebiete folgten 1929 und württembergische Landbezirke von 1930/1931 an.

Hitler gelang es zudem mit Hilfe eines hervorragend organisierten Propagandaapparates, die erste moderne Volkspartei in Deutschland aufzubauen, in der alle Gruppen der Bevölkerung, wenn auch sehr unterschiedlich gewichtet, vertreten waren. So setzte sich die württembergische NSDAP vor dem 30. Januar 1933 wie folgt zusammen: Mehr als ein Drittel der Mitglieder waren Arbeiter, ein starkes Viertel stellten die Angestellten, mehr als ein Fünftel die Selbständigen, ein knappes Zehntel die Beamten, während die Bauern und mithelfenden Familienangehörigen nur mit 6% vertreten waren. Stark überrepräsentiert im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren vor allem Angestellte und Selbständige, aber auch Beamte. Der Arbeiteranteil entsprach in Württemberg demjenigen der Bevölkerung – ganz im Unterschied zum Reich –, während die Landbevölkerung, die mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen im Land stellte, deutlich unterrepräsentiert war<sup>5</sup>. Das heißt aber, daß die Bauern zwar die NSDAP wählten, ihr aber aus den verschiedensten Gründen nicht beitraten, sei es, weil keine Ortsgruppe im Dorf bestand oder der Mitgliedsbeitrag zu hoch war.

Die um 1923 recht rührige nationalsozialistische Ortsgruppe in Hall mit dem Mathematikprofessor und späteren württembergischen Ministerpräsidenten und Kultminister Christian Mergenthaler an der Spitze löste sich nach seinem Wegzug weitgehend auf. Reaktiviert wurden die Nationalsozialisten erst wieder 1930 durch den Verwaltungssekretär Gottlieb Hommel aus Steinbach<sup>6</sup>.

Unterbezirksleiter und späterer Kreisleiter war der Volksschullehrer Otto Bosch, und einziger Gemeinderat im Haller Stadtparlament vor 1933 der Reichsbahnobersekretär Martin Spiegel. Betrachtet man alle Kandidaten der NSDAP für die Gemeinderatswahl in Schwäbisch Hall im Dezember 1931, so bestätigt sich der

4 Landeskirchliches Archiv Stuttgart Altregistratur, Pfarrbericht Sulzdorf 1932.

5 *Thomas Schnabel* (Hg.): *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*. 1982. S. 320.

6 *Einwohnerbuch der Kreisstadt Schwäbisch Hall mit Vororten Steinbach, Hessental und Hagenbach*. 1938. S. 20.

vorher gewonnene Eindruck auch hier in der Stadt. Neben Spiegel und Hommel standen fast ausschließlich selbständige Geschäftsleute, Handwerker und Beamte auf der Liste. Von 12 Kandidaten können zwei, ein Former und ein Polier, als Arbeiter bezeichnet werden<sup>7</sup>. Die Nationalsozialistische Deutsche *Arbeiter*-Partei war auch in Schwäbisch Hall in erster Linie eine Partei des evangelischen Mittelstandes.

Bei der geringen Bedeutung, die Industrie und Handwerk damals im Oberamt Hall spielten, hätte die NSDAP als reine Arbeiterpartei auch nur geringe Chancen gehabt. So arbeitete 1933 gerade ein Viertel der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk, und die Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft erreichten nicht einmal ein Fünftel. In der Stadt Hall waren zwar über 40% der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk tätig, jedoch fast ausschließlich in Klein- und Mittelbetrieben. Die Zahl der Arbeiter lag mit nicht ganz 40% nur wenig über dem gesamtwürttembergischen und deutlich unter dem Reichsdurchschnitt.

Diese Arbeiter wurden jedoch traditionell von den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD angesprochen, von denen aber die Kommunisten erst von 1931/1932 an eine gewisse Rolle in Hall spielten. Die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften konnten dagegen in der Weimarer Republik schon auf eine fünfzigjährige Geschichte zurückblicken und bildeten zumindest in der Stadt eine politisch wichtige Gruppierung. Allerdings war Hall damit eine Art rote Insel im bauernbündlerischen bzw. nationalsozialistischen Meer.

Das Oberamt Hall gehörte zusammen mit Crailsheim, Ellwangen, Gerabronn, Mergentheim und Künzelsau organisatorisch zum 5. Wahlkreisverband der SPD. Dieses Gebiet zählte ohne Zweifel zu den Diasporagebieten der Partei. Ähnlich schlecht sah es nur noch im katholischen Oberschwaben aus.

Mitte der zwanziger Jahre hatte man noch große Hoffnungen. So schrieb der für den Haller Bezirk zuständige Parteisekretär Heinrich Fackler im September 1925 folgendes im Bericht des Landesvorstandes der württembergischen SPD: »Noch stehen wir am Anfang der Durchführung umfassender und vielseitiger Arbeit für die Partei. Die kommende Zeit erfordert von allen Mitgliedern opfervolle Pflichterfüllung. Halten wir wach den Geist der Empörung gegen alle Versuche der Volkserrettung durch die politische und wirtschaftliche Reaktion, dann können wir den Kämpfen der Zukunft frohen Mutes und mit der Aussicht auf Erfolg und Sieg entgegensehen.«<sup>8</sup>

Fast resignativ klingt dagegen schon der Bericht des Landesvorstandes der SPD von 1929 über die Werbearbeit im Bezirk. »Im 5. Wahlkreisverband haben von insgesamt zwölf Ortsvereinen nur drei (Crailsheim, Hall und Künzelsau) sich an der Werbearbeit beteiligt und dabei 30 neue Mitglieder gewonnen. Nach der Gesamtzusammenstellung . . . sind im *Oberamt Hall* in der Zeit von 1926 bis 1929 insgesamt 92

7 Haller Tagblatt v. 8. 12. 1931.

8 Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern. Bericht des Landesvorstandes an die Landesversammlung am 24./25. Oktober 1925. S. 55.

neue Mitglieder gewonnen worden, dann folgen *Crailsheim* mit 8 und *Künzelsau* mit 17 neuen Mitgliedern. Von den zwölf Ortsvereinen im 5. Wahlkreisverband haben vier sich überhaupt noch nie an der Werbearbeit beteiligt, und mit Ausnahme von Hall und Künzelsau haben die anderen Ortsvereine auch nur einmal Werbeaktionen durchgeführt. Von dem Gesamterfolg entfällt auf den Ortsverein *Schwäbisch Hall* fast die Hälfte (63), dann folgt *Steinbach* mit einem Werbeerfolg von 29 neuen Mitgliedern, darunter 16 Frauen, im Jahre 1926, der aber längst wieder verlorengegangen ist.«<sup>9</sup> Im Oberamt Gerabronn konnte die SPD beispielsweise zwischen 1926 und 1929 ein einziges neues Mitglied werben. Selbst im katholischen Leutkirch waren es im selben Zeitraum immerhin zehn. Es verwundert deshalb auch nicht, daß der Ortsverein Hall allein Ende 1929 mehr als die Hälfte aller SPD-Mitglieder in den sechs Oberämtern stellte. Während die Gesamtzahl der Mitglieder im Bezirk von 369 auf 319 sank, verlor der Ortsverein nur ein Mitglied und zählte Ende des Jahres immerhin noch 175 Genossen. Damit hatte Schwäbisch Hall allerdings mehr sozialdemokratische Parteimitglieder als die erheblich größeren und stärker industrialisierten Städte Geislingen und Ebingen<sup>10</sup>.

Der Grund für diese relative Stärke der Sozialdemokratie in Hall dürfte in dem breiten linken Vereinsleben zu suchen sein, das in den übrigen Oberämtern und Städten des Bezirks wohl kaum vorhanden war. Wie aus einem Verzeichnis des Oberamtes Hall vom 1. Dezember 1933 hervorgeht<sup>11</sup>, gab es vor 1933 neben SPD und KPD folgende Vereine und Verbände, die, in der Sprache der Nationalsozialisten, zur »Förderung marxistischer Bestrebungen gebraucht oder bestimmt« waren und deshalb aufgelöst wurden:

1. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit Kleinkaliberschützenverein Republik,
2. Sozialistische Arbeiter-Jugend Ortsgruppe Hall,
3. Touristenverein »Naturfreunde« in Hall,
4. Arbeiter-Turnverein »Vorwärts« in Hall,
5. Arbeiterturnverein »Jahn« in Hessental,
6. Freie Spielvereinigung Steinbach und
7. Arbeiter-Gesangverein »Freiheit« in Hall.

Im evangelisch-agrarischen Umland der Stadt und in den übrigen evangelisch-agrarischen Oberämtern gelang es der Sozialdemokratie jedoch nicht, die 1919 gewonnenen Anhänger zu halten. Im Gegenteil. Die SPD sank in allen Oberämtern deutlich unter den Anteil, den sie vor dem Ersten Weltkrieg schon errungen hatte, und wurde Ende der Weimarer Republik praktisch zur Splitterpartei. Am 5. März 1933 gaben in den fünf Oberämtern Crailsheim, Gerabronn, Hall (ohne Stadt), Künzelsau und Mergentheim zwischen 2,2 und 6,5% der Wähler der SPD ihre Stimme. Allerdings waren die Gewinne von 1919 zumeist schon 1920 wieder verlorengegangen, als es der SPD nicht gelang, die in sie gesetzten Erwartungen

9 Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern. Bericht des Landesvorstandes für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1929. 1930. S. 71.

10 Ebd. S. 52–56.

11 Stadtarchiv Schwäbisch Hall: Dep. Oberamt Hall B 128 (heute Kreisarchiv).

innen- wie außenpolitisch zu erfüllen, und sich die vormals dominierende konservative Partei in der württembergischen Bürgerpartei und dem Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund wieder reorganisiert hatte. Diese beiden Parteien beherrschten dann seit 1920 das politische Leben der Oberämter mit Stimmenanteilen bis zu 60%.

Die beherrschende Stellung des Bauernbundes hing auch mit der engen personellen Verknüpfung zwischen Partei auf der einen und landwirtschaftlichen Berufs- und Interessenvertretungen auf der anderen Seite zusammen. So berichtete die SPD über den Wahlkampf von 1928 in den Oberämtern um Hall, »daß der Bauernbund seine Agitation in der Hauptsache in die geschlossenen Versammlungen wirtschaftlicher Interessenvereinigungen verlegte«<sup>12</sup>. Es kam auch zu verschiedenen Versammlungsstörungen durch verhetzte Bauernbündler, so z. B. in Jagstheim im Oberamt Crailsheim, wo es, wie der Berichtstatter der SPD beschreibt, »zu einem wüsten Geschrei kam«. Allerdings gab es im 5. Wahlkreisverband 1928 relativ wenig Gelegenheit, SPD-Wahlveranstaltungen zu stören, denn nur in 84 von 212 Gemeinden fanden solche überhaupt statt. Während in ganz Württemberg zwei Drittel aller Gemeinden eine SPD-Wahlversammlung erlebten, waren es hier im Umkreis gerade 40%.

Bei den Ende des Jahres stattfindenden Gemeinderatswahlen offenbarte sich die Schwäche der SPD noch deutlicher. Ganze acht Versammlungen konnten in den sechs Oberämtern abgehalten werden. Von den 2000 verteilten Flugblättern entfielen allein 1000 auf die Stadt Hall. Die für die Partei gesammelten Gelder von 140 M stammten sogar ausschließlich aus Hall. In allen sechs Oberämtern gab es 1928 gerade 34 sozialdemokratische Gemeinderäte, davon allein sieben in der Stadt Hall. Kein einziger Kommunist war im Gemeinderat. Die Hauptursache für das schlechte Abschneiden ihrer Partei sah die SPD in der geringen Verbreitung der Parteipresse in den rein agrarischen Gebieten des Hohenloher Landes<sup>13</sup>.

Seit 1930 erwuchs der SPD auch Konkurrenz im eigenen Lager in Gestalt der KPD, die Mitte des Jahres mit Hilfe von Backnanger Kommunisten gegründet worden war<sup>14</sup>. In der Stadt Hall konnte die KPD in den folgenden drei Jahren der SPD kaum Wähler abspenstig machen, während ihr dies in den benachbarten Oberämtern, vor allem in Crailsheim, gelang. In Gerabronn übertraf die KPD bei den Reichstagswahlen im November 1932 sogar die SPD. Der führende Vertreter der Haller KPD war ein ehemaliger Reichwehrsoldat, der 1926 aus gesundheitlichen Gründen ausschied und später als Versicherungsvertreter und Kontrolleur arbeitete. Seit 1931 war er erwerbslos. Auch der politische Leiter der Haller Ortsgruppe der KPD war seit 1931 arbeitslos ebenso wie einige andere Mitglieder der Partei. Damit sah es in der Haller Ortsgruppe genauso aus wie in der Landespartei. Im November 1932 arbeiteten nicht einmal mehr 20% der knapp 9000 württembergischen KPD-

12 Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern. Bericht des Landesvorstandes für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1928. 1929. S. 41.

13 Ebd.

14 *Michael Sylvester Koziol*: Hall zwischen Machtergreifung und Verbot der SPD. 1983. S. 21.

Mitglieder in Betrieben, d. h. die Partei hatte ihren Rückhalt in erster Linie unter den Arbeitslosen<sup>15</sup>. Da aber die Arbeitslosigkeit in der Stadt Hall für damalige Verhältnisse relativ gering war und die Stadt zudem versuchte, mit einer Art produktiver Arbeitsfürsorge möglichst viele Arbeitslose, die auf die städtische Wohlfahrt angewiesen waren, wieder in die staatliche Arbeitslosenunterstützung zu überführen<sup>16</sup>, hielt sich die Radikalisierung der Arbeiter in Grenzen.

Auf den engen Zusammenhang zwischen zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Not und politischer Radikalisierung der Arbeiterschaft wies auch Bürgermeister Dr. Wilhelm Prinzing im Juli 1932 in einem Schreiben an das Arbeitsamt hin, in dem er sich über die Verschärfung der Bedingungen für die staatliche Arbeitslosenunterstützung beschwerte: »Man kann doch einer Familie . . . nicht zumuten, daß sie mit 32 RM Wochenlohn auskommt, zwei arbeitslose Söhne und noch einen verheirateten, arbeitslosen Sohn, der einen eigenen Haushalt führt, unterstützt. . . Wir bitten dringend, darauf zu achten, daß u. E. die Arbeitslosen zu Gewalttätigkeiten und kriminellen Handlungen gezwungen werden, wenn sie in einer derart harten Weise ohne jede Unterstützung gelassen werden. . . Wir glauben, daß es nicht der Sinn der neuen Notverordnung ist, in derart rigoroser Weise die Arbeiterbevölkerung zu verletzen und zu schädigen und bitten daher wiederholt und dringend, bei Beantwortung der Gesuche so wohlwollend als möglich zu verfahren. . . Um der Ersparnisse einiger tausend Mark willen darf nicht ein großer Bevölkerungsteil zur Verzweiflung getrieben werden.«<sup>17</sup>

Das Verhältnis zwischen SPD und KPD scheint zumindest bis zu den Gemeinderatswahlen 1931 nicht besonders schlecht gewesen zu sein, denn immerhin kam eine Listenverbindung zwischen beiden Parteien zustande, die der KPD den Einzug in das Gemeindeparlament ermöglichte. Dieses von der württembergischen Parteileitung geförderte Zusammengehen erregte in der Berliner KPD-Parteizentrale großen Ärger.

Auf einer Tagung der württembergischen Bezirksleitung Anfang Januar 1932 wurden im Beisein von Walter Ulbricht, dem Vertreter des Zentralkomitees aus Berlin, die führenden Vertreter der KPD des Landes abgesetzt. Der Hauptfehler der württembergischen Parteiorganisation im Wahlkampf war es, »daß sie das strategische Hauptfeuer gegen den *Nazi-Hitler*-Faschismus, statt gegen die SPD und ihre »linken« Filialen, die SAP und die Renegaten, richtete. Um den Kapitalismus zu schlagen, muß seine Hauptstütze, die SPD, gebrochen werden. Die SPD sichert durch ihren *Masseneinfluß* die Durchführung der faschistischen Diktatur. Darum steht im Vordergrund unserer gesamten Aufgaben die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD und ihrer »linken« Filialen, der SAP und der Renegaten.«<sup>18</sup> Damit wurde natürlich einer sich anbahnenden Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien gegen den aufkommenden Nationalsozialismus der Boden entzogen. Auch in

15 Bundesarchiv Koblenz NS 26/1405. Bericht v. 23. 12. 1932.

16 Stadtarchiv Schwäbisch Hall: Dep. Oberamt Hall B 163,4 (heute Kreisarchiv).

17 Ebd. B 103,4.

18 Süddeutsche Arbeiter-Zeitung v. 18. 1. 1932.

Hall verschärfen sich die Gegensätze, wie ein kleiner Artikel in der sozialdemokratischen Schwäbischen Tagwacht vom April 1932 über die neu erschienene Zeitung der hiesigen Kommunisten mit dem Titel »Haller Rakete« belegt. Nachdem man den Chefredakteur des Blättchens persönlich angegriffen hatte, hieß es abschließend: »Die Haller verzichten auf solche Geistesgrößen, wird doch behauptet, die dortigen Köpfe der KPD hätten die Gescheitheit mit dem Schaumlöffel gefressen und das Beste davon sei unten durchgelaufen.«<sup>19</sup> Unter diesen Umständen mußte es eine Illusion bleiben, den Machtantritt Hitlers durch gemeinsame Aktionen von SPD und KPD zu bekämpfen, zumal in Hall und in Württemberg die Basis beider Parteien recht schmal war.

Das Ende der württembergischen SPD-Organisation und ihre nahezu freiwillige Selbstauflösung dagegen erregten noch nach 1945 erheblichen Ärger. Kurt Schumacher beschrieb im September 1945 die Vorgänge in einem Brief an einen Stuttgarter Parteifreund: »Damals haben Wilhelm Keil und Erich Rossmann in einer für Deutschland glücklicherweise einzigen Art eine Kapitulation vor dem Nazi vollzogen, die selbst für das Jahr 1933 unentschuldig ist, so schmachlich und sinnlos war sie... Damals hatte ich Gelegenheit, auf ein oder zwei illegalen Besprechungen in Karlsruhe und einer größeren illegalen Konferenz im Schwarzwald die Wut und Empörung unserer Parteigenossen über dieses unsägliche Verhalten kennenzulernen.«<sup>20</sup>

Auch in Hall machten einige Sozialdemokraten, zur Überraschung ihrer ehemaligen Parteifreunde, recht schnell einen Schwenk in die neue politische Richtung. Für die Mehrzahl der ehemaligen SPD-Anhänger dürfte aber gelten, was die Außenstelle Hall der Württembergischen Politischen Polizei im Januar 1934 über den Radfahrerverein Comburg schrieb: »Der größte Teil von den angeführten Vorstands- und Ausschußmitgliedern sind der Außenstelle als frühere Mitglieder der SPD bereits bekannt, und dürfte ein Teil derselben der Nationalen Erhebung heute feindlich gegenüber stehen.«<sup>21</sup>

Außerdem versuchten die ehemals sozialdemokratischen Vereine zu verhindern, daß das Vereinsvermögen den Nationalsozialisten in die Hände fiel. So verkaufte der Arbeiter-Gesangverein »Sängerlust« aus Steinbach-Hessental sein Klavier an den Wirt des Vereinslokals. »Der Erlös wurde sofort in Bier und Vesper umgesetzt, an diesem Festgelage sämtliche Vereinsmitglieder teilnahmen.«<sup>22</sup> Einige Mitglieder traten anschließend in die gleichgeschalteten bürgerlichen Gesangvereine ein.

Zu Widerstandsaktionen von seiten der Sozialdemokraten scheint es nicht gekommen zu sein. Auch die Versuche einiger Haller KPD-Mitglieder, sich Waffen zu besorgen, um für einen Kampf gegen den Nationalsozialismus gerüstet zu sein, flogen sehr bald auf und brachten den Beteiligten mehrjährige Strafen ein, ohne daß

19 Schwäbische Tagwacht v. 5. 4. 1932.

20 Archiv der Sozialen Demokratie. Bestand Schumacher J 5.

21 Stadtarchiv Schwäbisch Hall: Dep. Oberamt Hall B 128,2 (heute Kreisarchiv).

22 Ebd. B 128,1.

sie, isoliert in der Provinz, irgendeine erfolgreiche Aktion gegen die Anhänger Hitlers unternehmen konnten.

Woher kamen nun diese vielen Anhänger des Nationalsozialismus zu Beginn der dreißiger Jahre? In der Stadt Hall waren es überwiegend die ehemaligen Anhänger der liberalen und konservativen Parteien, die 1920 57% und 1933 noch 15% erhielten, ein Rückgang um 42% also; im selben Zeitraum stiegen die Nationalsozialisten von 0 auf 41%. In den ländlichen Gebieten verlor in erster Linie der Bauernbund seine Anhänger an die Nationalsozialisten.

Wie konnte es zu diesem kometenhaften Aufstieg kommen? Im September 1925 meldete der Haller SPD-Parteisekretär Fackler praktisch das Ende der Nationalsozialisten: »Die wachsende Abneigung der Bevölkerung gegen die rechtsbolschewistische Demagogie äußert sich besonders deutlich darin, daß von den einst so anmaßend auftretenden Hakenkreuzlern fast nichts mehr zu hören und zu sehen ist. Selbst in Hall, dem Wohnsitz des »völkischen »Landesführers« und Landtagsabgeordneten Professor Mergenthaler, sieht man die Mussolinis in Miniatur nur noch vereinzelt und verlegen einherschleichen.«<sup>23</sup> Acht Jahre später war die Sozialdemokratie verboten, und die Nationalsozialisten beherrschten Deutschland.

Ohne die Weltwirtschaftskrise und die Fehler der demokratischen Parteien läßt sich dieser Sieg kaum denken. Andererseits genügt dies nicht, um ihn zu verstehen, geschweige denn eine Erklärung für die überraschend reibungslose Machtübernahme zu liefern. Der Nationalsozialismus war kein plötzlich über Deutschland hereinbrechendes Unheil, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg häufig dargestellt wurde. Seine Ideen und Parolen konnten sich nur deshalb so schnell durchsetzen, weil sie auf ein durch die Rechtsparteien, Wehrverbände und Kriegervereine gut vorbereitetes Feld trafen. Dafür einige Beispiele: »Die *Demokratie* [DDP, T. S.] hat einen *internationalen Zug* durch den starken Einfluß des *Judentums*, der *Börse* und des *Händlerturns*. . . Der *zersetzende Geist* des internationalen *Judentums* fand bei keinem Volk einen besseren Nährboden als beim deutschen. . . Die jüdisch beeinflusste Großstadt- und Provinzpresse bekämpft alles Vaterländische scharf und rücksichtslos und treibt eine planmäßige Unterwühlung aller deutschvölkischen Gefühle und Strebungen.« Der erste Eindruck, daß es sich hier wohl um einen nationalsozialistischen Erguß handle, ist leider falsch. Diese Passagen stammen aus dem Wahlhandbuch des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes zu den Land- und Reichstagswahlen 1924 und sollten dem württembergischen Wähler zum Gebrauch und zur Aufklärung dienen<sup>24</sup>. Auch die Verbindung von Kommunismus und Judentum, die die Nationalsozialisten immer wieder beschworen, findet man schon hier: »Jeder vernünftige Bauer lehnt den Kommunismus ab, er ist lediglich eine *Spekulation gerissener Juden und Volksverführer auf die Dummen unter unseren deutschen Volksgenossen*.«<sup>25</sup> Auch die »positiven« Zielvorstellungen des Bauern-

23 Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern (wie Anm. 8).

24 Wahlhandbuch zu den Land- und Reichstagswahlen 1924. Hg. von Theodor Körner alt für den Württ. Bauern- und Weingärtnerbund. 1924, S. 44.

25 Ebd. S. 63.

bundes degradieren die Nationalsozialisten in weiten Teilen zu plumpen Nachahmern: »Der Bauer will von Juden und Judenherrschaft nichts wissen. Er hängt an seiner Heimat und seinem Vaterland und will als freier Mann auf freier Scholle friedlich mit seinen Mitbürgern leben, ohne Klassenkampf, ohne Mißgunst und Neid, in guter Kameradschaft und in treuer Pflichterfüllung. Unser Volk wird aus dem Wirrwarr der Zeiten... nur durch Nüchternheit, Arbeitsamkeit, Fleiß und Sparsamkeit [herausgeführt] und dadurch, daß man dem materialistischen Zeitgeist den Geist des praktischen Christentums entgegenstellt.«<sup>26</sup> Derselbe Bauernbund beherrschte zwischen 1920 und 1932 das politische Leben in den evangelischen Dörfern des Landes, vor allem in Hohenlohe.

Einen weiteren wichtigen Rückhalt der Nationalisten bildete der Stahlhelm, der Bund der Frontsoldaten, der 1932 in ganz Deutschland fast 350000 Mitglieder hatte. In Württemberg selbst zeichnete er sich bis 1930, ähnlich wie die NSDAP, in erster Linie durch Querelen und geringe Mitgliederzahlen aus. Eine der wenigen Hochburgen im Lande lag im Gau Hohenlohe, wo der Stahlhelm unter der Protektion des Ehrenmitgliedes des Gaues Hohenlohe, Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, besonders gut gedieh. So fand am 10. und 11. Mai 1930 in Öhringen ein Gautag mit mehreren hundert Stahlhelmen statt. Die Bevölkerung nahm, wie es in einem Bericht hieß, an der Veranstaltung regen Anteil. Ein sogenannter »Deutscher Nachmittag« war so überlaufen, daß der Saal geschlossen und eine Parallelversammlung eingerichtet werden mußte. Im Verlauf dieser Veranstaltung forderte der Landesführer des Stahlhelms

- »1. Die Befreiung der Staatsführung von aller Partei- und Interessenpolitik,
2. Beseitigung der marxistisch-sozialistischen Einflüsse im öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben und
3. eine Arbeitsdienstpflicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.«<sup>27</sup>

Schon in den zwanziger Jahren erschienen einigen Mitgliedern die Wehrverbände zu wenig aktiv. So übernahm der ehemalige Führer des Wikingbundes von Jagow Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre den Aufbau der württembergischen SA, deren Führer er bis März 1933 blieb. Der Württembergische Jungbauernbund versuchte deshalb die Radikalisierung seiner Mitglieder durch ein Bündnis mit dem Stahlhelm zu bremsen. Aber schon 1931 bezweifelte die Württembergische Politische Polizei, »ob es der Leitung des Jungbauernbundes gelingen wird, die nicht zu bestreitenden Sympathien, die breite Kreise der Jungbauern der noch radikaleren nationalsozialistischen Bewegung entgegenbringen, ... aufzufangen«<sup>28</sup>.

Auch wenn sich der Stahlhelm sehr radikal gebärdete, verkörperte er doch ein gesellschaftliches System und politische Wertvorstellungen, die mit dem Kaiserreich 1918/1919 sang- und klanglos untergegangen waren und für die Jungen, die von Volksgemeinschaft und Führertum träumten, keinen Anreiz mehr darstellten.

26 Ebd. S. 64.

27 Bundesarchiv Koblenz NS 26/1403. Bericht v. 21. 5. 1930.

28 Ebd. NS 26/1404. Bericht v. 4. 3. 1931.

Die etablierten Parteien, aber auch die konservativen Wehrverbände verkörperten das Alte. Das Neue erblickten viele in den extremen Parteien, in der KPD und in der NSDAP. Es verwundert deshalb nicht, daß in beiden Parteien die jugendlichen Anhänger dominierten. In Württemberg waren vor dem 30. Januar 1933 fast die Hälfte der Nationalsozialisten unter 30 Jahre und nur ein Viertel älter als 40 Jahre. Damit lag das Durchschnittsalter der Parteigenossen im Lande noch deutlich unter demjenigen im Reich oder in Baden<sup>29</sup>. Diesen Leuten genügte es nicht, wenn Oberst Max Ruoff aus Hall, der zweite Führer des Gaues Hohenlohe, im »Stahlhelm« (März 1932) erklärte, »der Stahlhelm will ein sauberes, anständiges, freies und wehrhaftes Deutschland«, und forderte, »es müsse endlich einmal der Anfang gemacht werden, um das gegenwärtige System, das uns außen- und innenpolitisch dem Abgrund entgegenführte, zu ändern und den Weg für eine bessere Zukunft Deutschlands freizumachen«<sup>30</sup>; sie wollten Taten sehen. Und die versprach ihnen Hitler.

Deutschnationale, Bauernbund und Stahlhelm wurden von ihrer eigenen radikalen Propaganda gegen das System überrollt, da sie selbst Mitglieder dieses Systems waren, indem sie z. B. in der württembergischen Landesregierung saßen. Auch die Versuche, vor allem des Bauernbundes, schon ab 1930 durch Angriffe auf den Nationalsozialismus dessen Attraktivität auf dem Lande zu schwächen, hatten nur geringen Erfolg. Zwar konnte sich der Württembergische Bauernbund im Unterschied zu fast allen anderen regionalen Bauernbünden in Deutschland bis 1933 halten, und auch die Parteiorganisation ging nicht zu den Nationalsozialisten über, aber die Wähler liefen in hellen Scharen davon.

Dafür ein Beispiel, dem man weitere anfügen könnte. Im September 1930 erhielt der Bauernbund in Orlach 144 Stimmen, die Nationalsozialisten zehn Stimmen. Im Juli 1932 hatte sich das Bild fast umgekehrt. Die Nationalsozialisten stiegen mit 122 Stimmen um das Zwölfwache, während der Bauernbund mit 33 Stimmen auf weniger als ein Viertel seines bisherigen Bestandes sank.

Sobald es jedoch um die Vertretung ihrer beruflichen Interessen ging, trauten die Bauern den Nationalsozialisten nicht, sondern wählten ihre alten Vertreter wieder. Bei den Landwirtschaftskammerwahlen im Januar 1932 stellte die NSDAP trotz ausdrücklichen Wunsches der Reichsleitung keine eigenen Listen auf, da ihnen qualifizierte Kandidaten fehlten. Die auf den Gemeinschaftslisten mit Zentrum und Bauernbund stehenden Nationalsozialisten fielen dann auch mit Glanz und Gloria durch. Der spätere Landesbauernführer Arnold erreichte in seinem Wahlbezirk, zu dem auch Hall gehörte, gerade ein Drittel der Stimmen der an erster und zweiter Stelle gewählten Landwirtschaftsvertreter<sup>31</sup>.

Man zweifelte also nicht an der beruflichen und persönlichen Qualifikation der Bauernbundsführer, sondern an ihrem politischen Durchsetzungsvermögen. Folge-

29 Schnabel (wie Anm. 5) S. 321.

30 Haller Tagblatt v. 3. 3. 1932.

31 Schwäbische Tageszeitung v. 6. 2. 1932.

richtig argumentierte ein nationalsozialistischer Redner auf einer Bauernbundsversammlung Anfang Juli 1932 in Hall, »der Bauernbund sei viel zu schwach, um etwas durchzusetzen. Der Nationalsozialismus, der in der Landwirtschaft einen Eckpfeiler des Staates sehe, werde mit etwa 220 Abgeordneten in den neuen Reichstag ziehen, der Bauernbund höchstens mit zwei. Es sei daher nicht zu verstehen, daß der Bauernbund nicht mit den Nationalsozialisten zusammengehe, wo er doch wisse, daß dort die Interessen des Bauerntums mit Nachdruck vertreten würden.«<sup>32</sup>

Als der Glaube an das Durchsetzungsvermögen der Nationalsozialisten durch das Scheitern der Regierungsverhandlungen, die dem triumphalen Wahlsieg im Juli folgten, nachhaltig erschüttert wurde, fielen die Bauern bei den kurz darauf stattfindenden Reichstagswahlen in Scharen von der NSDAP ab. Während die Partei Hitlers im Reich und im Land etwa 4 % und in der Stadt Hall knapp 6 % verlor, ging sie im Oberamt Gerabronn um über 11 % und im Oberamt Hall ohne die Stadt Hall sogar um über 15 % zurück. Hauptgewinner war der Bauernbund. Lag der Stimmenanteil der NSDAP im Juli 1932 (wieder im Oberamt Hall ohne Stadt Hall) noch mehr als doppelt so hoch wie derjenige des Bauernbundes, so trennte die beiden Parteien im November nicht einmal mehr 1 %. Im Juli wurde die NSDAP in 25 der 28 Gemeinden stärker als der Bauernbund, im November gerade noch in 13 von 28. Auch wenn die Wähler der NSDAP noch nicht wieder vollständig zu ihren alten Parteien zurückgekehrt waren und zum Teil Wahlenthaltung übten, so zeigen diese Ergebnisse doch, daß man das Ende des nationalsozialistischen Aufschwungs vor allem in den Dörfern erreicht hatte.

Erst die Kanzlerschaft Hitlers, die absolut unnötig und das Ergebnis eines Intrigenspiels der Großagrarier, von Teilen der Schwerindustrie und von Kreisen um Hindenburg und von Papen war, erweckte neue Hoffnungen auf dem Lande. Mit Hilfe einer bis dahin unbekanntenen Mobilisierung der Wählerschaft konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil im Oberamt Hall mehr als verdoppeln und mit über 57 % eine solide absolute Mehrheit erreichen. In Gerabronn erzielte sie mit fast 72 % sogar ihr bestes Ergebnis in ganz Württemberg.

Die Gewinnung der bauernbündlerischen und konservativen Wähler, d. h. derjenigen, die die Weimarer Republik prinzipiell und von Anfang an abgelehnt hatten, genügte allein nicht, um die NSDAP zur mit Abstand stärksten Partei in Deutschland und auch in Hall zu machen. So lag das parteipolitisch konservative Potential in der Stadt Hall bei etwa 25–30 % der Wähler. Davon konnte die NSDAP etwa die Hälfte zu sich herüberziehen. Das Wählerpotential der Arbeiterparteien und des Zentrums, das zwischen 35 und 40 % der Wähler betrug, blieb für die NSDAP in Hall wie auch in Württemberg und im Reich weitgehend unerreichbar. Als Wählerreservoir standen damit nur noch die beiden liberalen Parteien, die Deutsche Volkspartei von Gustav Stresemann und die Deutsche Demokratische Partei von Reinhold Maier und Theodor Heuss, zur Verfügung. Für diese beiden Parteien

32 Haller Tagblatt v. 7. 7. 1932.

stimmten Mitte der zwanziger Jahre etwa 25 bis 30 % in Hall. Ihre Wähler setzten sich vorwiegend aus Handwerkern, Geschäftsleuten, Fabrikanten und evangelischen Beamten zusammen. Diese Kreise standen der Demokratie nicht von vornherein feindlich gegenüber, sondern wählten traditionell liberal. Erst die Inflation und die wenige Jahre später einsetzende Weltwirtschaftskrise radikalisierten diese Gruppen.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung am Beispiel des Haller Gewerbevereins. Anfang 1928 bildete sich bei den Mitgliedern die Meinung heraus, daß die Forderungen an die alten Parteien vor der Wahl zwar recht und gut seien, »solche aber so lange nicht gehört würden, bis sie von einer Partei gestellt werden können, die auch wirklich sich für den Mittelstand einsetzt«<sup>33</sup>. Man sprach sich deshalb für die Unterstützung der Wirtschaftspartei, einer mittelständischen Interessenpartei, aus, die mit über 12 % in der Stadt Hall eines ihrer besten Ergebnisse im Land erzielte. Die Gewinne gingen vorwiegend zu Lasten der liberalen Parteien.

Das Hauptmotiv für diese Wählerwanderung ist in der wirtschaftlichen Lage zu suchen. Während die württembergischen Handwerkskammern bei ihrem Jahresrückblick im Januar 1929 schrieben, daß »die wirtschaftliche Entwicklung zu einem großen Teil auch für das Handwerk einen zufriedenstellenden Verlauf genommen hat«<sup>34</sup>, erklärte der Vorsitzende des Haller Gewerbevereins in seinem Rückblick auf das Jahr 1928 folgendes: »Die überaus schlechte wirtschaftliche Lage in Verbindung mit der drückenden Steuerlast droht immer mehr den gewerbl. Mittelstand zu erdrosseln; es sieht auch nicht nach Besserung in absehbarer Zeit aus.«<sup>35</sup>

Auch 1930 unterstützte der Gewerbeverein noch einmal die Wirtschaftspartei, die ihr Ergebnis halten konnte, während die NSDAP mit kargen 6,6 % deutlich unter dem schon schlechten Landesdurchschnitt blieb. Danach wurde aber die Bedeutungs- und Einflußlosigkeit der Wirtschaftspartei auf Landes- und Reichsebene immer deutlicher. Anfang 1932 hieß es dann auch, die Wirtschaftspartei sei innerlich krank und ein Anschluß an sie verspreche keinen Erfolg. Den Nationalsozialisten stand man noch etwas skeptisch gegenüber. Zwar leuchteten dem Gewerbeverein die meisten Versprechungen der NSDAP ein, deren Realisierbarkeit wurde jedoch noch sehr in Frage gestellt. Der Vorstand des Gewerbevereins erklärte allerdings schon im Dezember 1931, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, wann er bei der NSDAP eintrete<sup>36</sup>.

Vor der Juliwahl 1932 sprach dann ein Vertreter der Nationalsozialisten vor dem Gewerbeverein über das Thema »Aus dunkler Gegenwart in eine hellere Zukunft«. Zuvor erklärte der Vorstand, daß es für den Mittelstand nach den ungunstigen Erfahrungen mit den alten und Interessenparteien heute nur noch den Weg gebe, »sich den nationalen Parteien anzuschließen, die die Belange des Mittelstandes und

33 Stadtarchiv Schwäbisch Hall 3/350 S. 335/36.

34 Das Württ. Handwerk Nr. 1 v. 4. 1. 1929.

35 Stadtarchiv Schwäbisch Hall 3/350 S. 370.

36 Ebd. 3/351 S. 102.

der Landwirtschaft mit Nachdruck vertreten«<sup>37</sup>. Die Juliwahl brachte dann der NSDAP auch in Hall den Durchbruch und machte sie zur stärksten Partei in der Stadt. Die großen Verlierer der Wahl waren die liberalen Parteien und die Wirtschaftspartei, die über 80 % ihrer Wähler verloren.

Im November 1932 mußte die NSDAP auch in der Stadt einen herben Rückschlag hinnehmen, der den bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien zugute kam. Die Kanzlerschaft Hitlers und die kurz darauf stattfindenden Wahlen brachten den Nationalsozialisten noch einmal einen deutlichen Aufschwung, auch wenn sie mit etwa 40 % der Stimmen die absolute Mehrheit in Hall deutlich verfehlten.

Festgehalten werden sollte vielleicht noch, daß die NSDAP in Schwäbisch Hall keine Partei von jugendlichen Außenseitern und gescheiterten Existenzen war, aus denen sich z. B. die NSDAP-Reichsleitung zu großen Teilen zusammensetzte, sondern einen breiten Anhang unter den angesehenen Bürgern besaß, neben den Gewerbetreibenden vor allem unter den Lehrern und den Ärzten des Diakonissenkrankenhauses. Deshalb verwundert es auch nicht, daß die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Hall so reibungslos vonstatten ging. Vorgänge wie z. B. in Öhringen Mitte März, als verhaftete Kommunisten und Juden abends mit Fackeln durch die Stadt geführt und gedemütigt wurden<sup>38</sup>, gab es meines Wissens in Hall nicht.

Man stellte sich mehr oder minder freudig auf die neuen Verhältnisse ein, an der Spitze Bürgermeister Prinzing, der Ende April 1933 in die NSDAP eintrat, nachdem er noch wenige Jahre zuvor mit Hilfe der SPD Oberbürgermeister in Reutlingen hatte werden wollen. Aber Bürgermeister Prinzing war kein Einzelfall. Von den 27 Bürgermeistern des Oberamtes, die schon vor 1933 tätig waren, wurden 24 im Dritten Reich bestätigt, zwei über 65 bzw. über 80 Jahre alte Bürgermeister zur Ruhe gesetzt, und einer trat – infolge einer Beförderung – von seinem Amt zurück<sup>39</sup>. Auch in den Oberamtsstädten gab es nur wenige Amtswechsel wie z. B. in Mergentheim und Ellwangen. Säuberungen wie in Baden, wo in den 90 größten Gemeinden mehr als drei Viertel aller Bürgermeister entfernt wurden, gab es in Württemberg nicht. Auch die Landräte blieben fast überall im Amt.

Verschwinden mußten die Parteien, denen vor allem im bürgerlichen Lager kaum einer eine Träne nachweinte, und die bisherigen Gemeinderäte. Dieser Verlust wurde durch die scheinbare Aufwertung der Position der Bürgermeister, die ja zum größten Teil noch von der Bevölkerung gewählt worden waren, etwas gemildert. Für Juden und Kommunisten, aber auch für Sozialdemokraten und politisch engagierte Katholiken, die ersten Opfer des neuen Regimes, trat kaum jemand ein, nicht einmal die Kirchen, von Einzelfällen abgesehen.

Nur wenige nahmen wohl in der allgemeinen Aufbruchsstimmung im März 1933 die unmißverständliche Ankündigung von Gauleiter Wilhelm Murr wahr, als dieser ausrief: »Wir sagen nicht: Aug' um Aug', Zahn um Zahn; nein, wer uns ein Auge

37 Ebd. S. 108.

38 Landeskirchliches Archiv Stuttgart 156,6.

39 Stadtarchiv Schwäbisch Hall: Dep. Oberamt Hall A 44/1 (heute Kreisarchiv).

einschlägt, dem werden wir den Kopf abschlagen, und wer uns einen Zahn ausschlägt, dem werden wir den Kiefer einschlagen.«<sup>40</sup> Es traf ja überwiegend die Außenseiter der Gesellschaft, die sich nicht anpassen wollten, konnten oder durften. Als die Masse der Bevölkerung dann nach sechs Jahren die Rechnung für die nationalsozialistische Politik bezahlen mußte, war es für eine Umkehr zu spät. 1932 hätte die Herrschaft Hitlers noch ohne größere Schwierigkeiten verhindert werden können. Warum dies nicht geschah, und warum so viele Deutsche auch hier in Hall dem Trommler Adolf Hitler nachrannten, sollte aufgezeigt werden. Denn die Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik sind für jede Demokratie auf deutschem Boden von allergrößter Wichtigkeit. Es darf nie mehr so weit kommen, daß die Warnungen vor einer drohenden Diktatur, in welcher Form auch immer, so ignoriert werden wie zu Beginn der dreißiger Jahre.

Wie klar einige Leute das drohende Unheil vorhersahen, soll abschließend eine Rede des badischen SPD-Landtagsabgeordneten Maier belegen, die dieser Ende 1930 im Landtag in bezug auf die NSDAP hielt: »Ich sage es Ihnen jetzt, meine Herren, was kommt, wenn Ihre Ziele verwirklicht werden . . . Dann haben wir in wenigen Jahren einen fürchterlicheren Weltkrieg als vorher, und dann kommt nach diesem die zweite Niederlage, wenn eine ganze Welt gegen uns steht, die bolschewistische Revolution, oder aber Deutschland wird als Reich auseinandergerissen, eine Tatsache, die wir 1918 allein verhindert haben . . . Ich habe es Ihnen gesagt, warten Sie einmal ein paar Jahre ab, wenn Sie es so weitertreiben, ist Deutschland zerrissen von denen, die sich als nationale Hüter aufgeworfen haben.«<sup>41</sup>

40 *Benigna Schönhagen*: Zwischen Verweigerung und Agitation: Landtagspolitik der NSDAP in Württemberg 1928/29–1933. In: *Schnabel* (wie Anm. 5) S. 125.

41 *Hans-Willi Schondelmaier*: Die NSDAP im Badischen Landtag 1929–1933. In: *Schnabel* (wie Anm. 5) S. 107/8.